



Kurzfassung

Gutachten über die Entwicklung der Preise für Strom und Gas in Baden-Württemberg

Untersuchung im Auftrag des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg



Auftraggeber



**Wirtschaftsministerium
Baden-Württemberg**

Theodor-Heuss-Straße 4
70174 Stuttgart

Auftragnehmer



Leipziger Institut für Energie GmbH

Torgauer Straße 116
04347 Leipzig

Telefon 03 41 / 24 34 - 8 12

Telefax 03 41 / 24 34 - 8 33

E-Mail mail@ie-leipzig.de

Internet www.ie-leipzig.de

Bearbeitung

Andreas Weber

(Projektleiter)

Telefon 03 41 / 24 34 - 8 19

E-Mail andreas.weber@ie-leipzig.de

Marcel Ebert

Telefon 03 41 / 24 34 - 8 22

E-Mail marcel.ebert@ie-leipzig.de

Werner Bohnenschäfer

Telefon 03 41 / 24 34 - 8 12

E-Mail werner.bohnenschaefer@ie-leipzig.de

Laufzeit

09/2008 – 02/2009

Datum

14.04.2009



Die Langfassung des Gutachtens über die Entwicklung der Preise für Strom und Gas in Baden-Württemberg ist als "IE-Report" (Ausgabe 5/2009) im Eigenverlag des Leipziger Instituts für Energie erschienen.

Der "IE-Report" wird in unregelmäßigen Abständen online oder gedruckt herausgegeben und ist bei der Deutschen Nationalbibliothek unter der ISSN 1862-8060 sowie unter www.ie-leipzig.de verfügbar.

EINLEITUNG

Mit der Liberalisierung des Strom- und Gasmarktes waren hohe Erwartungen an die Entwicklung des Wettbewerbs und damit verbundene Preissenkungen verbunden. Nachdem zumindest anfänglich die Strompreise zum Teil deutlich gesunken sind, ist seit 2000 wieder ein stetiger Anstieg der Preise zu beobachten. Dies hat nicht nur zu generellen Energiepreisdiskussionen geführt, sondern auch den Blick für regionale Preisvergleiche geschärft. Die Diskussionen um Regionalvergleiche innerhalb Deutschlands haben vielfach eher zur „gefühlten“ Einschätzung geführt, im Vergleich zu anderen Regionen höhere Strom- und Gaspreise zu bezahlen. Das Leipziger Institut für Energie wurde daher vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg beauftragt, eine Datengrundlage über die Strom- und Gaspreisentwicklung für die weitere energiepolitische Diskussion bereitzustellen und zu bewerten.

Die Preise für leitungsgebundene Energie setzen sich aus drei Hauptbestandteilen zusammen. Der Preis für die **Energiebeschaffung** ist vom Markt beeinflusst und orientiert sich an den Preisentwicklungen der Großhandelsmärkte für Energie (z. B. Strom- und Gasbörse EEX Leipzig, Preise für Kraftwerkskohle). Diese Preisentwicklungen wiederum sind abhängig von Angebot und Nachfrage, wobei z. B. beim Strom die Struktur der Erzeugungstechnologien preisbestimmend ist (Merit-Order-Effekt). Der Preisanteil für die **Netznutzung** unterliegt einer staatlichen Regulierung. Das Netznutzungsentgelt erheben der Übertragungsnetzbetreiber und der örtliche Verteilnetzbetreiber für den Transport und die Verteilung von Strom und Gas. Verschiedene **Steuern, Abgaben und Umlagen** werden aufgrund staatlicher Regelungen erhoben, mit denen als dritte Komponente die Preise beaufschlagt werden. Infolge staatlicher Maßnahmen hat vor allem bei den Strompreisen, aber auch bei den Gaspreisen, der Anteil staatlich verursachter Kostenbestandteile insbesondere seit 1998 deutlich zugenommen.

1 STROMPREISE

Bei den Strompreisen für **Haushaltskunden** liegen derzeit die vom Markt beeinflussbaren Kosten bei ca. 33 % (Bezugskosten und Vertrieb), die regulierten Kosten betragen ca. 27 % (Netzkosten, Messung und Abrechnung). Die gesetzlich induzierten Kosten machen ca. 40 % (Mehrwertsteuer, Stromsteuer, Konzessionsabgabe sowie Umlagen nach KWKG und EEG) aus. Die Konzessionsabgaben und Netzentgelte sind jedoch lokal unterschiedlich.

Bei **Industriekunden** entfallen gut 80 % des Strompreises auf die Anteile Erzeugung, Transport (inkl. Messung) und Vertrieb. Der verbleibende Anteil von 20 % beinhaltet die staatlich verursachten Steuern, Abgaben und Umlagen. Der Anteil der Netzkosten fällt gegenüber den Haushaltskunden geringer aus, da viele Unternehmen ihren Strom mittel- oder hochspannungsseitig beziehen und kostenintensive Umspannungsstufen bzw. Netzebenen entfallen. Geringer zu veranschlagen ist auch der Anteil der staatlich veranlassten Belastungen, da energieintensive Unternehmen sowohl bei der Stromsteuer als auch bei den Umlagen nach dem EEG und KWKG entlastet werden.

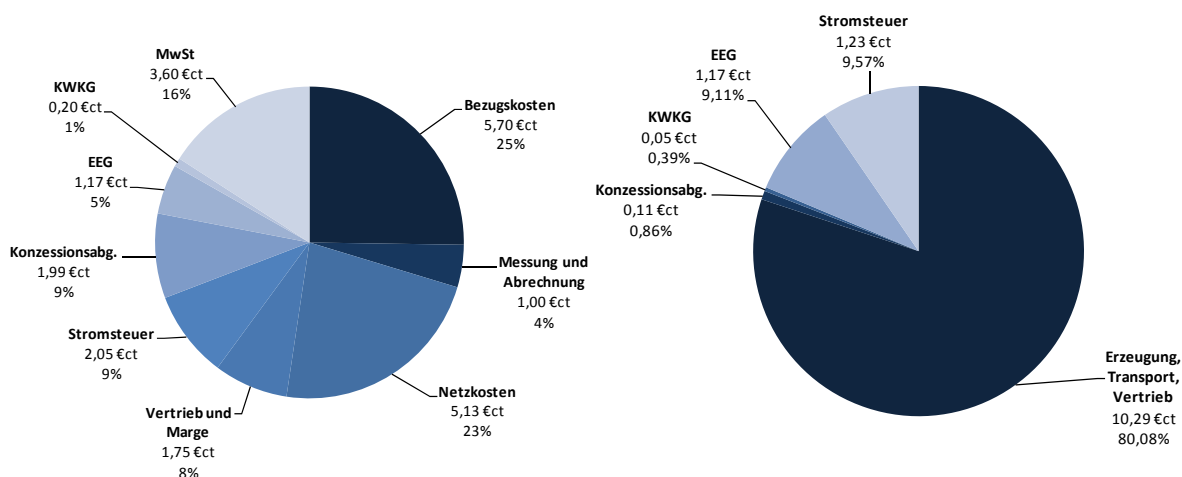


Abbildung 1 *Strompreisbestandteile für Haushaltskunden (links, 3.500 kWh/a) und Industriekunden (rechts, 500 bis 2.000 MWh/a)*
 Quelle Haushalte: /LRegB BW2008/ (Haushalte); /VDEW BaWü2008/ (Industrie)
 Datenstand: 15.10.2008, für Industrie beispielhafte Darstellung

1.1 Haushalte

Die durchschnittlichen Strompreise für einen typischen 4-Personen-Haushalt (3.500 kWh pro Jahr) in Deutschland entsprechen dem Niveau in der EU, wenn die staatlich induzierten Abgaben und Steuern nicht berücksichtigt werden. Unter Einschluss der staatlich induzierten Abgaben und Steuern liegen die Haushaltsstrompreise in Deutschland etwa um 30 % über dem EU-Niveau.

Im Zeitraum von 2000 bis 2008 sind die Strompreise der Haushalte in Deutschland durchschnittlich um knapp 30 % angestiegen. Bezogen auf das Jahr 1998, dem Beginn der Liberalisierung des Strommarktes, sind die Strompreise auf etwa gleichem Niveau geblieben. Während die auf den Strommarkt entfallenden Preisbestandteile in Zeitraum von 2000 bis 2008 um knapp 20 % gestiegen sind, haben sich die staatlich induzierten Preisbestandteile um knapp 50 % erhöht (Abbildung 2). Die Ursachen der Preissteigerungen bezogen auf den Strommarkt (Stromerzeugung, Stromhandel usw.) sind vielschichtig und im Endbericht ausführlich dargestellt.

Im innerdeutschen Vergleich sind die Strompreisangebote in Baden-Württemberg im Mittelfeld bis günstig einzuordnen (Abbildung 3). Wenn alle Haushalte in Baden-Württemberg die günstigsten verfügbaren Strompreisangebote wahrnehmen würden, läge die finanzielle Belastung bei etwa 1,3 % des verfügbaren Haushaltsnettoeinkommens (siehe Abbildung 4). Mit diesem Anteil hat Baden-Württemberg gemeinsam mit den Haushalten in Hamburg den niedrigsten Anteil im Bundesländervergleich. Um von niedrigen Strompreisen profitieren zu können, müssen die Verbraucher allerdings auch durch eigenes Handeln die Wettbewerbsmöglichkeiten nutzen. Im Durchschnitt können die Haushalte in Baden-Württemberg zwischen etwa 40 Anbietern wählen.

Die Netznutzungsentgelte machen beim Strom insbesondere im Sektor Private Haushalte einen erheblichen Anteil der Gesamtkosten aus. So zahlte ein Vier-Personen-Musterhaushalt zum Stand Oktober 2008 in Baden-Württemberg 5,13 €/kWh an Netz-

kosten. Das entspricht einem Anteil von 24 % bei einem Strompreis von 21,60 €/kWh. Insofern kommt den Netznutzungsentgelten bei den Bemühungen um wirtschaftliche Energiepreise eine nicht unerhebliche Bedeutung zu. Das Land Baden-Württemberg hat im Bundesländervergleich neben den 3 Großstädten Bremen, Berlin und Hamburg die niedrigsten Netzentgelte (inkl. Messung) bei den Haushaltskunden (ca. 6,3 % unter dem deutschen Durchschnitt). Die Netzentgelte der neuen Bundesländer liegen 0,7 bis 1,7 €/kWh über dem Wert für Baden-Württemberg.

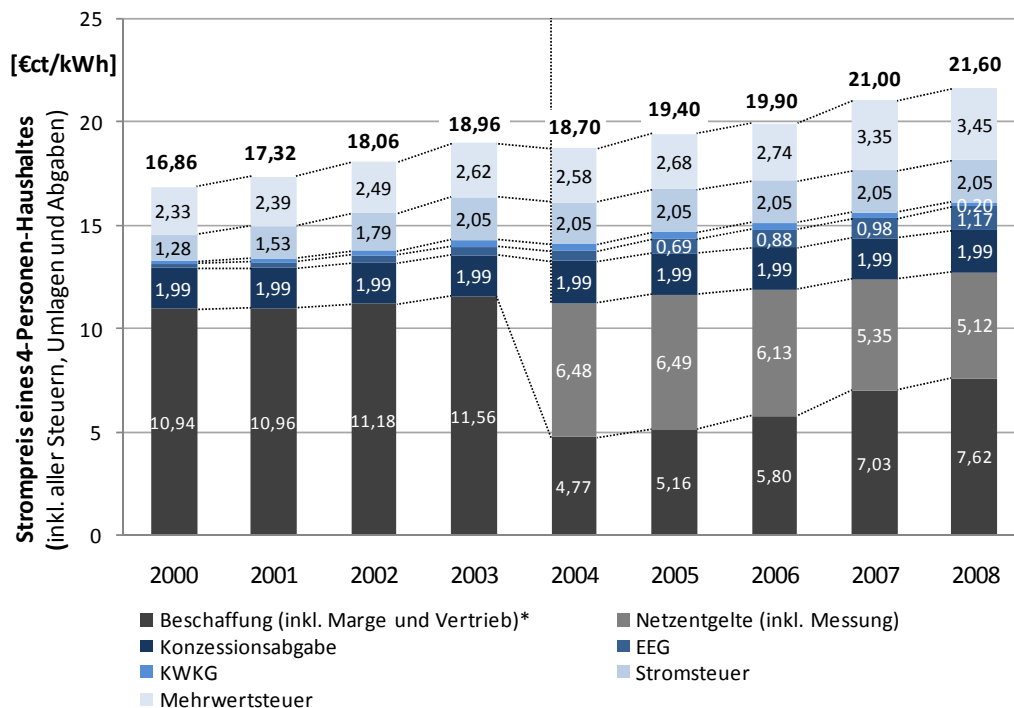


Abbildung 2 Entwicklung der spezifischen Strompreisbestandteile für Tarifabnehmer (Haushalte) in Baden-Württemberg

Quelle: /VERIVOX_2009/, Berechnung und Darstellung IE Leipzig
 * Die Netzentgelte können erst ab 2004 getrennt ausgewiesen werden.

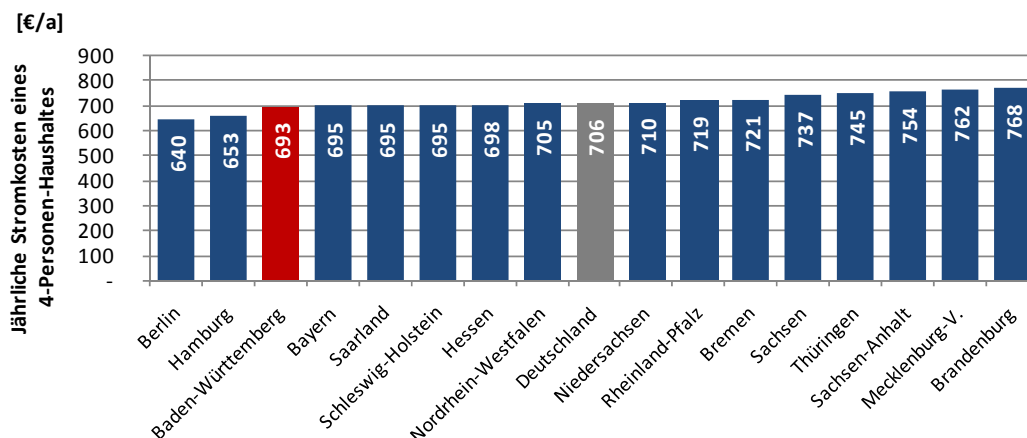


Abbildung 3 Jährliche Stromkosten eines 4-Personen-Haushaltes im Bundesländervergleich

Quelle: /Verivox_2009/ Berechnungen und Darstellung IE Leipzig
 Preise für Abnahme von 3.500 kWh/a, inkl. aller Steuern, Abgaben und Grundgebühren im Tarif "Günstigster Tarif des örtlichen Grundversorgers" (Mittelwerte)
 Tarife mit Vorkasse wurden nicht einbezogen. Datenstand: 19.11.2008

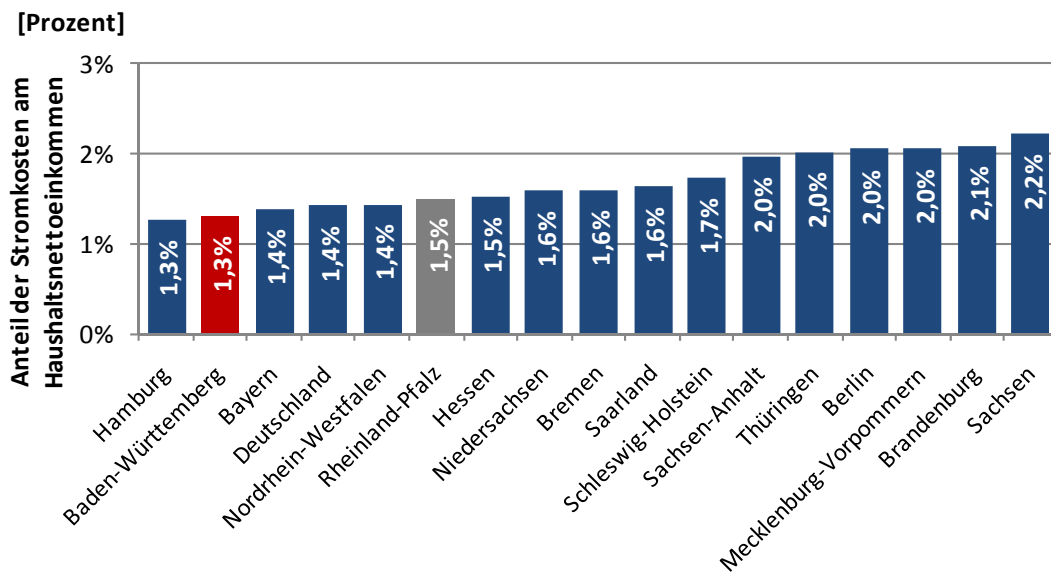


Abbildung 4 Anteil der Stromkosten am Haushaltseinkommen eines 4-Personen-Haushaltes

Quelle: /Verivox_2009/ /DESTATIS_2008/ Berechnungen und Darstellung IE Leipzig
 Preise für Abnahme von 3.500 kWh/a im günstigsten Tarif des örtlichen Versorgers,
 inkl. aller Steuern, Abgaben und Grundgebühren.
 Tarife mit Vorkasse wurden nicht einbezogen. Datenstand: 19.11.2008

1.2 Industrie und Gewerbe

Im Vergleich zur Entwicklung in der EU waren in den letzten Jahren (2004 bis 2008) in Deutschland ähnliche Preissteigerungen zu verzeichnen. Die durchschnittliche Höhe der Industriestrompreise liegt in Deutschland je nach Abnahmefall etwa um 5-10 % (ohne Mehrwertsteuer) über dem EU-Niveau. In den letzten Jahren ist aber ein allmählicher Angleichungspfad an das Preisniveau in der EU zu beobachten.

Im Zeitraum von 1998 bis 2008 haben sich die Industriestrompreise in Deutschland durchschnittlich um knapp 40 % erhöht, wobei die Abnehmer mit hohem und sehr hohem Verbrauch überdurchschnittliche Preissteigerungen hinnehmen mussten. Die auf den Strommarkt entfallenden Preisbestandteile erhöhten sich um knapp 15 %, während ausgehend von einem sehr niedrigen absoluten Niveau sich die staatlich induzierten Strompreisbestandteile um rechnerisch mehr als 1.200 % erhöhten (siehe Abbildung 5). Der durchschnittliche Anteil der staatlich induzierten Strompreisbestandteile erreicht mit etwa 20 % (ohne Mehrwertsteuer) allerdings nur einen halb so hohen Wert wie bei den Haushalten. Im Vergleich liegen die staatlich induzierten Strompreisbestandteile in Deutschland über dem Durchschnitt der EU (Abbildung 6).

Für die Industriestrompreise kann heute nicht mehr von einem landesspezifischen Strompreis für Baden-Württemberg ausgegangen werden. Aufgrund der Strommarktliberalisierung werden von der Industrie heute Strompreisangebote deutschlandweit eingeholt und in Abhängigkeit von Produktionsstandorten und Unternehmensgröße werden Lieferverträge auch europaweit ausgeschrieben.

Für das Gewerbe ergibt sich eine Versorgungs- und Preissituation, die je nach Branche und Unternehmensgröße zwischen Haushalten und Industrie anzusiedeln ist. Diese Ver-

brauchsgruppe verfügt in der Regel allerdings im Vergleich zur Industrie über deutlich weniger Möglichkeiten, preisgünstige Angebote zu erhalten.

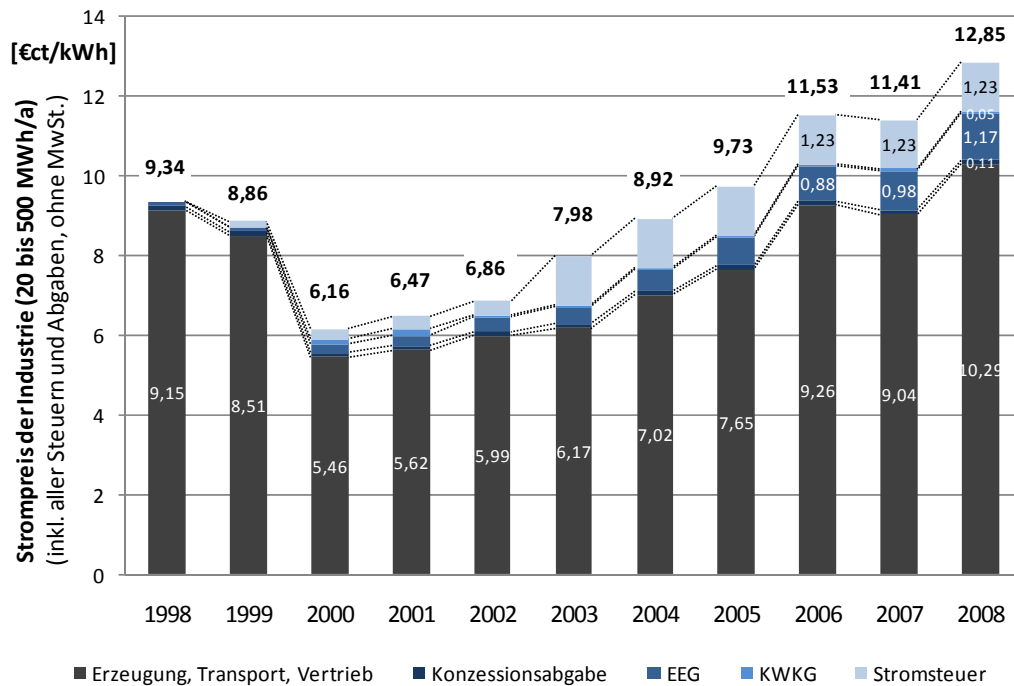


Abbildung 5 *Entwicklung der Preisbestandteile für Sondervertragskunden (Industrie)*
 Quelle: /BDEW 2008b/ Berechnungen und Darstellung IE Leipzig
 Abnahmefall: Strombezug 20 bis 500 MWh pro Jahr
 Die Konzessionsabgaben sind für Sondervertragskunden mit einer jährlichen Stromabnahme von über 100.000 kWh bundesweit einheitlich.

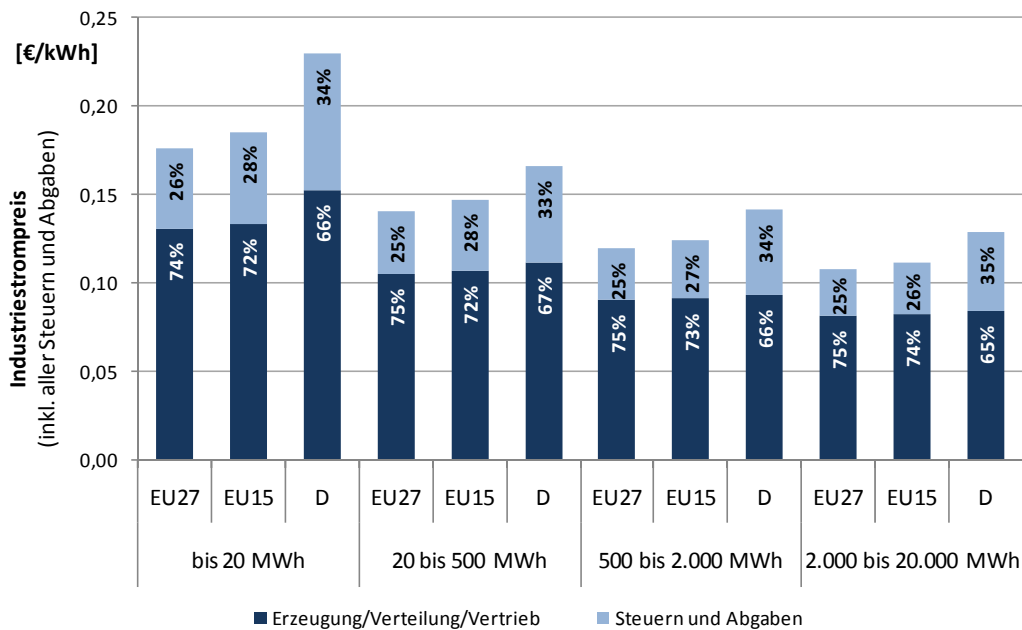


Abbildung 6 *Steuer- und Abgabenanteil verschiedener Abnahmefälle der Industrie*
 Quelle: /EUROSTAT_2008/ Berechnungen und Darstellung IE Leipzig
 Betrachtungszeitraum: 1. Halbjahr 2008
 Bei der Eurostat-Statistik ist die Mehrwertsteuer bei der Preiskategorie *inkl. aller Steuern und Abgaben* mit einbezogen.

2 ERDGASPREISE

Der Gaspreis für Haushaltskunden besteht aus den in Abbildung 7 dargestellten Komponenten. Für Industriekunden lassen sich die Gaspreisbestandteile wegen der individuell ausgehandelten Verträge nicht derart aufschlüsseln. Der Anteil der Konzessionsabgabe und Netzkosten fällt hier jedoch - ähnlich wie im Stromsektor - geringer aus.

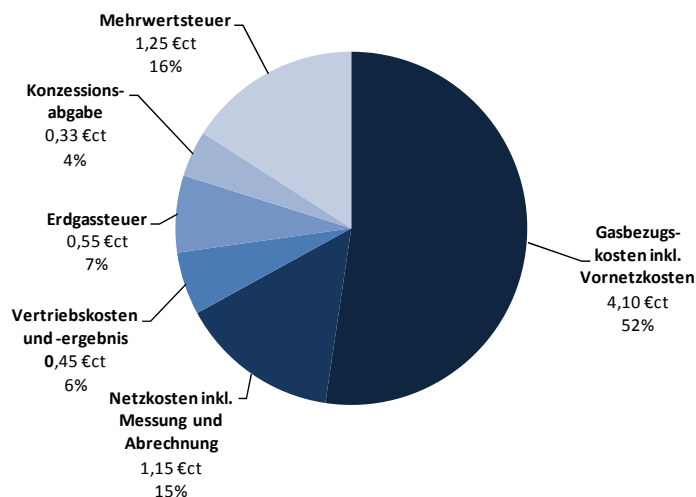


Abbildung 7 *Zusammensetzung des Gaspreises für Haushaltskunden in Baden-Württemberg*

Quelle: /LRegB BW2008/ Darstellung IE Leipzig
 Kostenkalkulation zum Stand 15.10.2008, Gaspreis: 7,83 €/ct/kWh brutto
 Die Förderabgabe ist im Anteil "Gasbezugskosten inkl. Vornetzkosten" enthalten.

2.1 Haushalte

Die durchschnittlichen Erdgaspreise der Haushalte in Deutschland liegen um 15 bis 20 % über dem Niveau in der EU. Der staatlich induzierte Anteil an den Gaspreisen beträgt in Deutschland etwa 25 %, was den durchschnittlichen Gegebenheiten innerhalb der EU entspricht.

Im Zeitraum 2004 bis 2007 haben sich die durchschnittlichen Gaspreise insgesamt etwa um 45 % erhöht, wobei an dieser Preisentwicklung die gestiegenen Gasimportpreise mit einem Anstieg von fast 70 % den maßgeblichen Anteil hatten. Die staatlich induzierten Abgaben und Steuern sind in Deutschland im Betrachtungszeitraum in Abhängigkeit von der Abnahmemenge um etwa 30 bis 50 % gestiegen (Abbildung 8).

Im innerdeutschen Vergleich sind die Gaspreisangebote in Baden-Württemberg im Mittelfeld bis günstig einzuordnen, wobei die Wettbewerbssituation im Gasmarkt bei Weitem noch nicht so ausgeprägt ist wie im Strommarkt. In Abbildung 9 sind die durchschnittlichen Jahresausgaben eines 4-Personen-Haushaltes für den Gasbezug dargestellt, wobei die Werte einen Mittelwert über alle verfügbaren Tarife widerspiegeln. Betrachtet man nur die günstigst verfügbaren Gastarife, so liegt Baden-Württemberg im Bundesländervergleich nach Hessen und vor Brandenburg auf Platz 2.

Die Haushalte in Baden-Württemberg tragen im Durchschnitt eine finanzielle Belastung von etwa 4 % des verfügbaren Haushaltsnettoeinkommens für den Gasbezug und bele-

gen damit die zweit günstigste Position nach Haushalten in Hamburg im Bundesländervergleich (Abbildung 10). Um von niedrigen Gaspreisen durch zunehmenden Wettbewerb profitieren zu können, müssen die Verbraucher die beginnenden Möglichkeiten des Anbieterwechsels nutzen, wobei hierfür zurzeit noch nicht die Anbietervielfalt wie bei der Stromversorgung vorhanden ist.

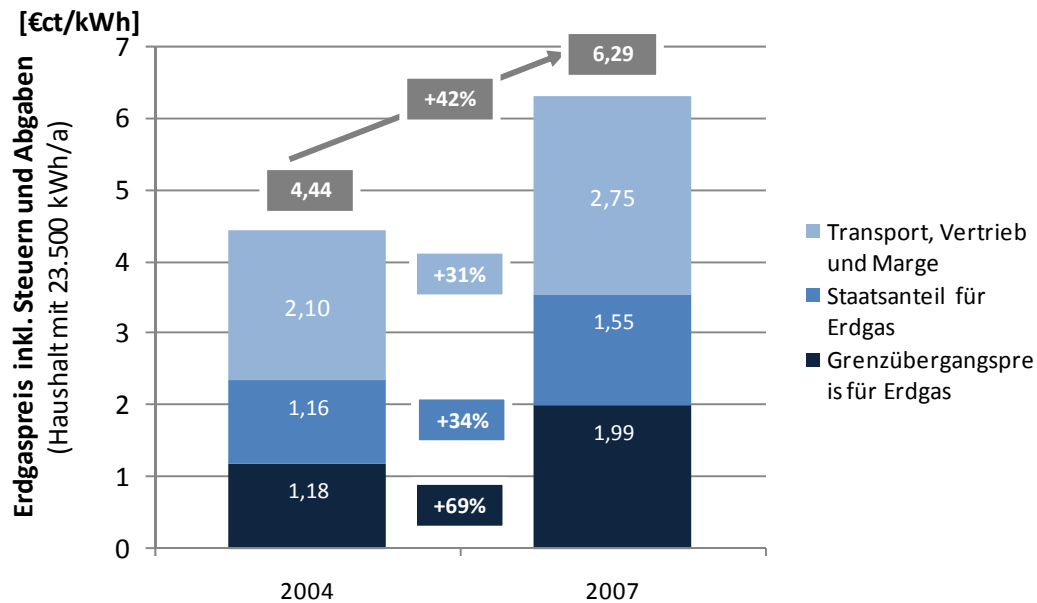


Abbildung 8

Entwicklung des Erdgaspreises eines 4-Personen-Haushaltes

Quelle: /EUROSTAT_2008/ Berechnung und Darstellung IE Leipzig
Angaben beispielhaft für eine Jahresabnahmemenge von 23.500 kWh

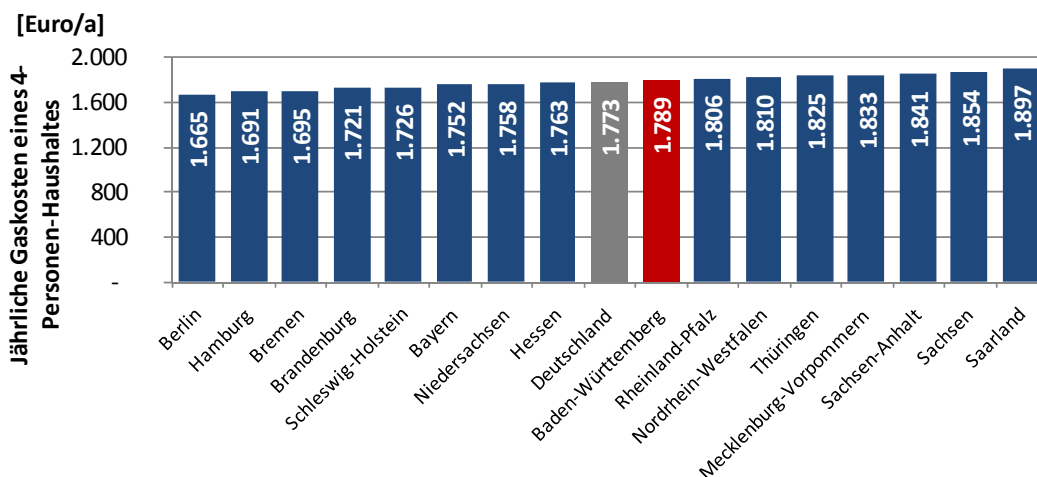


Abbildung 9

Jährliche Gaskosten eines 4-Personen-Haushaltes

Quellen: /VERIVOX_2009/ Berechnung und Darstellung IE Leipzig
Angaben für einen Jahresverbrauch von 22.500 kWh bei einer Heizleistung von 15 kW
Datenstand: November 2008, Mittelwert über alle verfügbaren Tarife

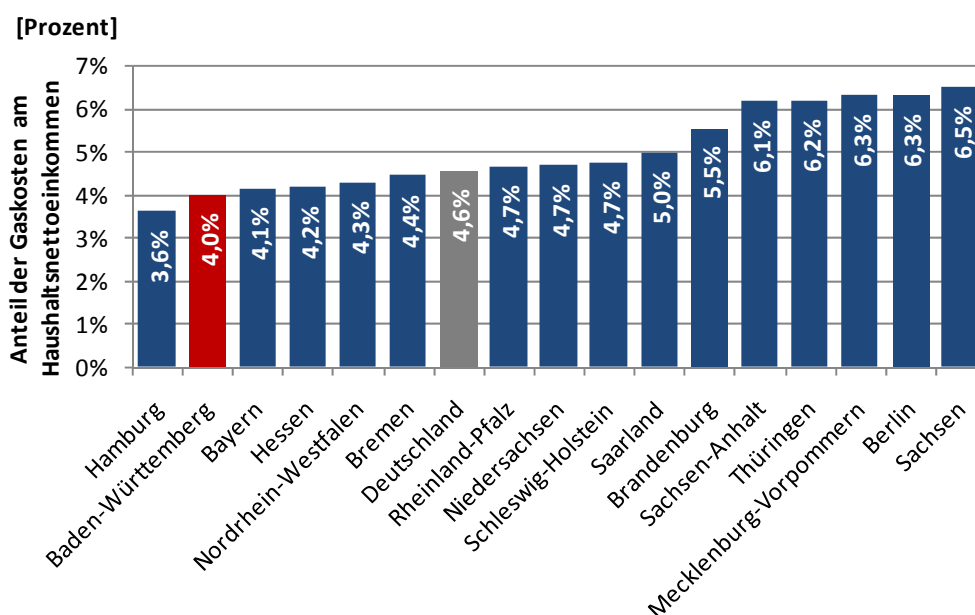


Abbildung 10

Anteil der Stromkosten am Haushaltseinkommen eines 4-Personen-Haushaltes 2008

Quellen: /VERIVOX2009/ /DESTATIS 2009/ Berechnung und Darstellung IE Leipzig
 Angaben für einen Jahresverbrauch von 22.500 kWh bei einer Heizleistung von 15 kW
 Datenstand: November 2008

2.2 Industrie und Gewerbe

Im Vergleich zur Entwicklung in der EU sind die durchschnittlichen Erdgaspreise in Deutschland etwa um 10 % höher, wenn die staatlich induzierten Abgaben und Steuern nicht berücksichtigt werden. Bezieht man die staatlich induzierten Preisbestandteile mit ein, liegen die deutschen Erdgaspreise bis zu 20 % über denen des EU-Durchschnitts.

Im Zeitraum von 2004 bis 2007 haben sich die Erdgaspreise der Industrie durchschnittlich um 50 % erhöht. Die staatlich induzierten Anteile sind dabei um knapp 40 % gestiegen, wobei sich - analog zum Haushaltssektor - die Gasimportkosten um ca. 70 % im Betrachtungszeitraum verteuerten (siehe Abbildung 11).

Für Baden-Württemberg konnten für den Sektor Industrie/Gewerbe keine bundesland-spezifischen Entwicklungen des Gasmarktes ermittelt werden. Jedoch sind Abnehmer großer und konstanter Erdgasmengen interessante Kunden für zunehmend auftretende Wettbewerber im Gasmarkt.

Für die Gasversorgung des Gewerbes gelten analoge Aussagen wie bei der Stromversorgung. Je nach Branche und Unternehmensgröße ist die Preissituation der Gewerbebetriebe zwischen Haushalten und Industrie anzusiedeln. Das Gewerbe verfügt im Vergleich zur Industrie über deutlich weniger Möglichkeiten, preisgünstige Angebote zu erhalten.

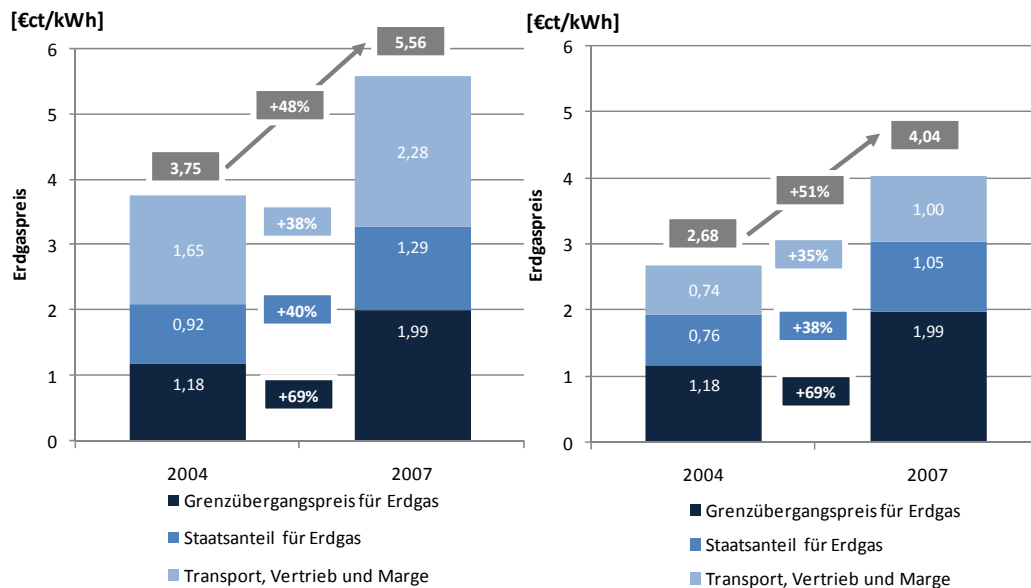


Abbildung 11 *Entwicklung der Erdgaspreise für Industrieabnehmer*
 Quelle: /EUROSTAT_2008/ Berechnungen und Darstellung IE Leipzig
 Abnahmefälle: Jahresverbrauch 116 MWh (links) und 116.278 MWh (rechts)

3 BEWERTUNGEN UND AUSBLICK

Die Analysen zur **Situation in Baden-Württemberg** zeigen, dass dessen Position in Bezug auf die Strom- und Gaspreise grundsätzlich keine Nachteile gegenüber anderen Regionen in Deutschland aufweist. Aufgrund der Anbieteranzahl in der Stromversorgung weist Baden-Württemberg sogar eine hohe Wettbewerbsintensität auf. Die von privaten Haushalten erzielbaren Strom- und Gaspreise bewegen sich im Vergleich zu anderen Bundesländern im mittleren bis unteren Preissegment. In Bezug auf die Industrie und den GHD-Sektor kann heute nicht mehr von einem landesspezifischen Preissystem ausgegangen werden, hier können die Unternehmen auf bundesweite – und bei entsprechender Unternehmensgröße auch europaweite – Angebote zurückgreifen. Wobei allerdings mit zunehmendem Strom- und Gasverbrauch die Wettbewerbsintensität zunimmt. Günstige Strom- und Gaspreise können von den Verbrauchern aber nur erzielt werden, wenn von ihnen die Wettbewerbsmöglichkeiten wie zum Beispiel ein Anbieterwechsel auch genutzt werden. Der Wettbewerb ist kein „Selbstläufer“, sondern erfordert ein aktives Handeln der Verbraucher. Während bei der Stromversorgung bereits ein breites Angebotsspektrum vorhanden ist, entwickelt sich der Gaswettbewerb erst allmählich. In Verbindung mit den Aktivitäten von Wettbewerbsaufsicht bzw. Bundesnetzagentur ist aber davon auszugehen, dass auch in der Gasversorgung die Wettbewerbsintensität künftig zunehmen wird.

Der Abschluss dieser Studie fällt in einen Zeitraum, in dem die **internationalen Energiemärkte** wieder durch ein niedriges Preisniveau bei Energierohstoffen gekennzeichnet sind. Diese aktuell günstige Preissituation wird aber nicht von Dauer sein. Bei einer Erholung der Weltwirtschaft werden auch die Preise für Energierohstoffe wieder deutlich ansteigen. Es ist sogar davon auszugehen, dass ein Preisanstieg über bisherige Höchststände wahrscheinlich ist, da die Investitionstätigkeit in den Ausbau von Förderkapazität

ten zurzeit nur in geringem Maße erfolgt und für eine Energienachfrage bei wieder dynamisch wachsender Weltwirtschaft nicht ausreichend sein wird.

Mit Blick auf die künftige **Strompreisentwicklung** zeichnen die Preisnotierungen am Terminmarkt der EEX in Leipzig den Trend vor: Die Strompreise werden weiter steigen, wobei allerdings noch nicht zu beobachten ist, dass eine Versteigerung der CO₂-Zertifikate nach 2012 zu einem signifikanten Preiseffekt führen wird. Die aktuellen Spotmarktpreise für Strom an der EEX weisen ein Niveau auf, das um etwa 50% unter den langfristigen Terminmarktnotierungen liegt. Diese aktuelle Preissituation aufgrund des wirtschaftlichen Umfeldes wird aber die Tendenz steigender Strommarktpreise nicht nachhaltig umkehren. Dieser Trend ist nur zum Teil den langfristigen Preistrends auf dem internationalen Energiemarkt zuzurechnen. Wesentliche Ursachen für steigende Strompreise liegen auch in der energiewirtschaftlichen und energiepolitischen Situation in Deutschland. Das **nationale Umfeld für die Stromerzeugung** in Deutschland ist durch einen grundlegenden Strukturwandel in der Stromerzeugung geprägt. Der Ausstieg aus der Kernenergie und der Ausbau der Stromerzeugung auf Basis erneuerbarer Energien gekoppelt mit der Notwendigkeit, große Teile des Kraftwerksparks zu erneuern, führen zu einer neuen Struktur der Stromerzeugung in Deutschland. Dies erfordert nicht nur erhebliche Investitionen in neue Erzeugungsanlagen, sondern auch deutliche Anpassungen bei der Netzinfrastruktur. Zudem bedeutet eine Zunahme der fluktuierenden Stromerzeugung auf Basis von Wind und zunehmend auch auf Basis von Solarenergie die Bereitstellung großer Reservekapazitäten und perspektivisch die Möglichkeit der Stromspeicherung in großem Umfang. Dieser von allen politischen Seiten gewollte Umbau – wenn auch mit Differenzierungen bei der Umbaugeschwindigkeit und Schwerpunktsetzungen bei einzelnen Energieträgern – ist nicht ohne zusätzliche Investitionen möglich.

Für die **Gaspreisentwicklung** ergibt sich eine ähnliche Situation wie bei der Stromversorgung. Beim Gas kommen die internationalen Einflussfaktoren allerdings deutlicher zum Tragen, da – bei einer wieder dynamisch wachsenden Weltwirtschaft – die Nachfrage nach Energierohstoffen stetig steigen wird und die Angebotskapazitäten nur langsam ausgebaut werden. Die gegenwärtig wieder günstigen Energiepreise können nicht darüber hinwegtäuschen, dass gerade auch Europa auf steigende Erdgasimporte angewiesen sein wird. Neben den Preiseffekten aus dem Weltmarkt wird zudem der Infrastrukturaufwand für die Erdgasversorgung aufwendiger. Es müssen neue Vorkommen mit höherem Aufwand sowie mit längeren Erdgasleitungen und mittels LNG-Transport erschlossen werden. Dies kann zwar zur Sicherung von Erdgaslieferungen beitragen, macht die Versorgung aber nicht preisgünstiger. Auch beim Erdgaspreis erwartet zum Beispiel die International Energy Agency einen steigenden Trend, auch wenn aktuell die Preise im Zuge der weltweiten Wirtschaftskrise zurückgegangen sind.

Die **politischen Handlungsmöglichkeiten** in Bezug auf die Energiepreise sind einzuordnen in die gleichrangigen Ziele einer wirtschaftlichen, sicheren und umweltverträglichen Energieversorgung (Energiepolitisches Zieldreieck).

In der Vergangenheit hat der Gesetzgeber in Bezug auf die Energiepreise eher zu steigenden als zu sinkenden Preisen beigetragen. So haben sich die staatlich verursachten Preisbestandteile bei den Strompreisen im Zeitraum 1998 bis 2007 von 2,3 Mrd. € auf über 14 Mrd. € fast um den Faktor sieben erhöht (Tabelle 1). Mit gegenwärtig etwa 40%

nehmen die Kosten aufgrund der EEG- und KWK-Zulage noch den geringeren Anteil ein. Mit etwa 60% fließt der größere Anteil der Staatsquote in die Kommunal-, Staats- und Sozialhaushalte. Gleichfalls haben sich die staatlich verursachten Preisbestandteile beim Erdgas (Stichwort: „Ökosteuer“) deutlich erhöht. Diese Preissteigerungen waren mit der Einführung der „Ökosteuer“ politisch gewollt, um einerseits den Anreiz für Maßnahmen zur Energieeinsparung und Energieeffizienz bei den Verbrauchern zu erhöhen und andererseits zusätzliche Finanzmittel für die Sozialhaushalte zu erhalten. Wurden die preissteigernden staatlichen Maßnahmen zunächst durch sinkende Marktpreise überlagert, sind diese Effekte mittlerweile mehr als ausgeglichen. Die Politik bewegt sich nunmehr in einem Widerspruch zwischen hohen Energiepreisen als Anreizsystem einerseits und günstigen Energiepreisen aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen andererseits. Die Problematik zusätzlicher staatlich verursachter Kosten wird somit jedenfalls gegenwärtig nicht allein im Zusammenhang mit den Veränderungen im Energiesystem zu lösen sein, sondern erfordert einen Umbau des Gesamtsystems der sozialen Sicherungssysteme sowie der Finanzierung der Kommunal-/Staatshaushalte.

Tabelle 1 **Entwicklung der fiskalischen Belastungen in Deutschland**
 Quellen: /EEFA_2008/ /BDEW_2008a/ /BDEW_2008b/ /BDEW_2008c/
 sowie Berechnungen IE

[Mrd. €]	1998	2007	
Strom	Stromsteuer (ab 1999)	-	6,4
	StromeinspeiseG/EEG	0,3	5,0 ¹
	KWKG	-	0,7
	Konzessionsabgabe	2,0 ²	2,1 ²
	<i>gesamt</i>	2,3	14,2
Erdgas	Erdgassteuer	1,5	4,7
	Förderabgabe	0,1	1,0
	Konzessionsabgabe	0,5	0,7
	<i>gesamt</i>	2,1	6,4
Summe der fiskalischen Belastungen		4,4	20,6

¹⁾ Die Umlagen nach EEG betragen im Jahr 2007 ca. 7,7 Mrd. €. Die angegebenen 5,0 Mrd. € entsprechen gemäß /BDEW_2008b/ in etwa den Mehrkosten gegenüber dem Börsenpreis.

²⁾ Die Berechnungen bei /EEFA_2008/ führen zu Konzessionsabgaben in Höhe von 2,5 Mrd. € (1998) und 2,8 Mrd. € (2007).

Eingebettet in die internationalen Herausforderungen aus dem Weltmarkt für Energierohstoffe und CO₂-Minderungsverpflichtungen fällt die politische Balance zwischen den drei Zielen einer wirtschaftlichen, sicheren und umweltverträglichen Energieversorgung im konkreten Politikhandeln immer schwieriger und wird zu einer Gradwanderung zwischen unterschiedlichen Interessen. Unter Beachtung der Gleichrangigkeit der Ziele des energiepolitischen Zieldreiecks könnte aus Sicht des Gutachters eine Orientierung politischer Entscheidungen an folgende **Leitlinien** mit dem Fokus auf Preiseffekte erfolgen:

- Unter Berücksichtigung der Entwicklungen auf dem Weltenergiemarkt wird längerfristig nur eine sinnvolle **Kombination aller Energieoptionen** zur Versorgungssicherheit beitragen können. Die damit verbundenen technologischen Herausforderungen müssen zu einer Integrationsstrategie genutzt werden und nicht zu einem Verdrängungsmechanismus bei einzelnen Energieträgern.

- Die **Nutzung aller inländischen Energieressourcen** ist eine wesentliche Option der Versorgungssicherheit. Unter diesem Aspekt kann auch die Kernenergie einen wichtigen Beitrag aus volkswirtschaftlicher Sicht leisten, wobei hierzu allerdings ein schlüssiges Konzept für die Endlagerung nuklearer Brennstoffe unverzichtbar ist. Zur Erhaltung und Nutzung dieser inländischen Optionen sind die inländischen Energiequellen deshalb in ihrer Nutzung zu unterstützen. Dies bedeutet auf der einen Seite keine Ausgrenzung über wettbewerblich nicht tragfähige Zusatzkosten (z. B. bei der Kohle) und auf der anderen Seite eine Unterstützung des wirtschaftlichen Entwicklungspotenzials wie z. B. bei den erneuerbaren Energien. Wobei bei Förderinstrumenten und -umfang die Berücksichtigung wirtschaftlicher Aspekte notwendig ist.
- Staatlich verursachte **Zusatzkosten bei den Energiepreisen** sollten vorrangig von den Endverbrauchern (Konsumenten) getragen werden und nicht zur Beeinträchtigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des produzierenden Gewerbes führen.

Ungeachtet der konkreten energiepolitischen Strategie für die künftige Ausgestaltung der Energieversorgung in Deutschland und der volkswirtschaftlichen Effekte des Umbaus der Energieversorgung werden sich alle Verbraucher aufgrund der nationalen Rahmenbedingungen und den Entwicklungen auf dem Weltmarkt vom "Traum einer preisgünstigen Energieversorgung" verabschieden müssen. Die Preisniveaus im vergangenen Jahr haben die Richtung für die Zukunft vorgegeben. Ein Gegensteuern in Form von Energieeinsparung ist zwar möglich, aber letztlich bedeutet dies aus der Sicht der Verbraucher nur, dass Ausgaben für Energieverbrauch durch Ausgaben für Investitionen (Anlagentechnik, Dämmung usw.) ersetzt werden. Dies wird wiederum unter einzelwirtschaftlichen Aspekten nur dann wirtschaftlich sein, wenn hohe Energiepreise hierzu motivieren. In der Summe wird dies für den einzelnen Verbraucher nicht kurz- und mittelfristig, sondern allenfalls langfristig zu einer Kostenentlastung bei einem insgesamt höheren Kostenniveau führen. Die Haushalte müssen sich auf eine Neuverteilung ihrer Ausgaben einstellen, weil Energie teurer wird oder Maßnahmen zur Energieeinsparung zusätzliche Ausgaben erfordern.

Die Energiekosten sind vor allem für die in den internationalen Wettbewerb eingebundenen Unternehmen ein wichtiger Produktions- und Standortfaktor. Auch wenn – von energieintensiven Branchen abgesehen – die Energiekosten für sich allein betrachtet kein alleiniger hemmender Standortfaktor sind. Möglicherweise sind künftig energieintensive Branchen nur noch dort betriebswirtschaftlich tragfähig, wo ausreichende lokale Energierohstoffe eine vergleichsweise kostengünstige Produktion ermöglichen. Dies können natürliche Ressourcen sein oder auch subventionierte Ressourcen vor allem in staatlich gelenkten Volkswirtschaften.

Es wird keinen "Königsweg" geben, der uns preisgünstig eine zukunftssichere Energieversorgung gewährleistet. Das Eröffnen und Erhalten aller Optionen vor allem mit Blick auf die heimischen Energierohstoffe unter Einschluss von Energieeinsparung und Energieeffizienz ist aber eine Grundvoraussetzung, um auf Entwicklungen auf dem internationalen Energiemarkt reagieren zu können.

LITERATURVERZEICHNIS DER KURZFASSUNG

- /BDEW_2008/ BDEW Energietrends, Bundesverband für Energie- und Wasserwirtschaft, Berlin. Zitiert in: Verivox Stromstudie 2008, Verivox GmbH Heidelberg.
- /BDEW_2008a/ Bundesverband für Energie- und Wasserwirtschaft. Entwicklung der KWK-Aufschläge für LV-Kategorie A. Berlin, 2008. Stand: 08.10.2008.
- /BDEW_2008b/ Bundesverband für Energie- und Wasserwirtschaft. BDEW-Strompreisanalyse 2008 - Haushalte und Industrie. Ralph Bitterer, Geschäftsbereich Marktdaten. Berlin, 2008.
- /BDEW_2008c/ Energiemarkt Deutschland - Zahlen und Fakten zur Gas- und Stromversorgung, Bundesverband für Energie- und Wasserwirtschaft, 2008, Berlin.
- /DESTATIS_2009/ Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Haushaltsnettoeinkommen nach Bundesländern.
- /EEFA_2008/ Energy and Environment Forecast Analysis GmbH: Determinanten der Strom- und Gaspreisentwicklung in Deutschland — Eine empirische Bestandsaufnahme für die Jahre 1998 bis 2007. Erschienen in: Zeitschrift für Energiewirtschaft, 03/2008.
- /EUROSTAT_2008/ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Oktober/November 2008.
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1090,30070682,1090_33076576&_dad=portal&_schema=PORTAL
- /LRegB BW_2008/ Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg
Ref. 62 Landesregulierungsbehörde, Energiekartellbehörde
Persönliche Mitteilung Dr. David Kirschner, 21.11.2008.
- /StaLaBW_2008/ Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart. Nutzung des Datenangebotes der Internetpräsenz.
- /VERIVOX_2008/ 329 Gasversorger erhöhen die Preise zum Beginn der Heizperiode, Pressemitteilung 29.9.2008
http://www.verivox.de/presse/media/Gas_Preisaenderungen_BL_Anbieter_20080925.xls
- /VERIVOX_2009/ Datenlieferung der Verivox GmbH zur Entwicklung der Strom- und Gaspreise in Deutschland, Heidelberg, 13.01.2009.
- /VDEW BaWü_2008/ Verband der Elektrizitätswirtschaft Baden-Württemberg, Juli 2008.
- /WM Ba-Wü_2008/ Gaspreisvergleich Baden-Württemberg, Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart, Stand 15.10.2008.